

Protokollauszug

aus der
13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen
und Verkehr
vom 14.04.2015

öffentlich

**Top 4.3 Messkampagne zur Erforschung der Ursachen für die Luftverschmutzung in
Potsdam
15/SVV/0225
vertagt**

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Beck erläutert auf Nachfrage, dass die Messungen zur Luftverschmutzung in Potsdam an vier verschiedenen Standorten durchgeführt werden, in der Großbeerenstraße und der Zeppelinstraße zur Messung der verkehrsbedingten Belastungsspitzen, am Bassinplatz sowie in Groß Glienicke zur Abbildung der Hintergrundbelastung. Weitere Messstellen sind aus seiner Sicht nicht erforderlich. Der Luftreinhalteplan der Landeshauptstadt befindet sich in der 2. Fortschreibung. Eine Beteiligung an den Kosten etwaiger weiterer Messungen durch die zuständigen Ministerien erfolgt nicht.

Verschiedene Ausschussmitglieder diskutieren über die Kosten, die Messmethoden und darüber, ob zur besseren Verifizierung nicht noch weitere Messungen durchgeführt werden sollten.

Herr Beck erläutert, dass es keine weiteren Messstellen gibt, aber Computersimulationen die Werte an anderen Stellen stadtweit ermitteln. Herr Kirsch erkundigt sich erneut nach den Kosten und bekommt durch Herrn Eichert bestätigt, dass im Zuge des angestrebten Prüfauftrags auch die Kosten ermittelt werden sollen.

Herr Klipp schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und zur nächsten Ausschusssitzung einen Vertreter des LUGV einzuladen, der die offenen Fragen beantwortet. Aus seiner Sicht erschließt es sich nicht, weitere Messstellen aufzumachen, da das Ministerium die Werte nach rechtlich vorgegebenen Kriterien ermittelt.

Herr Eichert widerspricht dem und möchte zur Ursachenforschung über den vorhandenen Bestand hinaus messen lassen.

Nach weiteren Diskussionen einigt man sich darauf, den Antrag um vier Wochen zurückzustellen und zur beschriebenen Thematik das LUGV sowie ggf. Vertreter des im Antrag benannten Projektes zu laden und anzuhören.

Mit einem Votum von 7/0/0 empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr den Antrag um vier Wochen zurück zu stellen.